

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Finanzdirektion

16 2015.RRGR.140 Voranschlag / Aufgaben-/Finanzplan Aufgaben-/Finanzplan 2017–2019(Gesamtstaat und Justiz)

Detailberatung Aufgaben-/Finanzplan 2017–2019

Fortsetzung

Planungserklärung 14 FiKo (Iseli, Zwieselberg)

Plafonierung der Nettoinvestitionen auf 440 Mio. Franken.

Präsident. Offenbar gab es heute Morgen verschiedene Verkehrshindernisse. Doch nun sind genügend Ratsmitglieder eingetroffen, sodass wir mit unseren Beratungen beginnen können. Wir sind beim Aufgaben- und Finanzplan für die Jahre 2017–2019 stehen geblieben. In diesem Geschäft sind wir bei der Planungserklärung FiKo Nr. 14 verblieben: «Plafonierung der Nettoinvestitionen auf 440 Mio. Franken.» Wir haben zwei Wortmeldungen für die Fraktionen SP-JUSO-PSA sowie BDP. Weitere Fraktionen können sich anmelden. Ich bitte um mehr Ruhe im Saal. *(Der Präsident läutet die Glocke)*. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion hat Luc Mentha das Wort.

Luc Mentha, Liebefeld (SP). Ich wollte mich zum Antrag der FiKo auf eine Senkung der Investitionen auf 440 Mio. Franken äussern. Ich bin mir bewusst, dass ich einen schweren Stand haben werde, wenn ich beantrage, auf die Variante der Regierung einzuschwenken. Möglicherweise sind die Meinungen bereits gemacht. Ich bin im Bericht der FiKo auf eine Passage gestossen, die mich ein wenig stutzig gemacht hat. Dort stand: «Weiter darf ein aufgeschobener Unterhaltsbedarf nicht mehr zur Begründung herangezogen werden. *(Der Präsident läutet die Glocke)*. Wie oben dargelegt, hat die BVE anlässlich des Direktionsbesuchs der FiKo bestätigt, dass für den laufenden Unterhalt genügend Mittel eingestellt sind.» Ich bin dieser Sache ein wenig nachgegangen. Dabei habe ich festgestellt, dass der Bericht der FiKo die Haltung der Regierung betreffend den Bedarf für den Substanzerhalt in den nächsten Jahren in verkürzter oder vielmehr verwirrender Weise wiedergibt. Es stimmt einfach nicht, dass mit 440 Mio. Franken pro Jahr genügend Mittel für den Substanzerhalt der Strassen und Liegenschaften vorhanden wären, wenn man das Investitionsvolumen über all die Jahre auf diesen Betrag absenkte. Für den Substanzerhalt im Bereich Strassen braucht es brutto 70–75 Mio. Franken, und netto 60–65 Mio. Franken pro Jahr. Der Zustandswert liegt bei 80 Prozent. Fachleute sind der Meinung, dass 90 Prozent des Zustandswerts nötig wären. Was wir haben, entspricht somit dem absoluten Minimum. Wenn man dann noch bedenkt, dass in absehbarer Zeit neue Strassen hinzukommen – ich erwähne zum Beispiel die Umfahrung Worb und den Bypass Thun – dann sieht man, dass die Mittel nicht mehr ausreichen werden. Beim Substanzerhalt der Liegenschaften befindet man sich offenbar knapp unter den von Fachleuten geforderten 80 Prozent. Der Bedarf in den nächsten Jahren ist jedoch gross. Es stehen grössere Sanierungen an, zum Beispiel beim Gymnasium Neufeld. Es gibt auch anstehende Bauprojekte wie etwa den Campus Biel. Wenn man das Investitionsvolumen auf 440 Mio. Franken herabsetzt, wird das Geld in den nächsten Jahren nicht ausreichen. Darauf wollte ich hinweisen und Sie bitten, der Regierung zu folgen, das Investitionsvolumen bei 470 Mio. Franken pro Jahr festzusetzen. Nach meinen Abklärungen bezieht sich die Aussage der Regierung und der BVE, dass man den Substanzerhalt im Bereich Strassen und Liegenschaften aufrechterhalten kann, auf einen Investitionsplafond von 470 Mio. Franken. Nach unserer Auffassung geht es nicht auf, wenn man sagt, 440 Mio. würden ausreichen. Deshalb bitte ich Sie, in diesem Punkt die Regierung zu unterstützen.

Präsident. Es ist von meinem Platz aus fast nicht möglich, den Redner gut zu verstehen. Ich bitte um mehr Ruhe im Saal.

Jakob Etter, Treiten (BDP). Ich werde gleich zu allen Planungserklärungen sprechen, die zum Aufgaben-/Finanzplan anstehen. Das oberste Ziel der BDP ist ein genehmigter AFP. Um dieses Ziel zu erreichen, gibt es zwei Möglichkeiten: Wir können die Regierungsvariante genehmigen oder den Planungserklärungen der FiKo zustimmen. Gestern haben wir im Rahmen des Voranschlags die Prämienverbilligungen für das Jahr 2016 gutgeheissen. Es wäre kontraproduktiv, wenn wir im AFP die Prämienverbilligungen von 42 Mio. Franken, die vorgesehen sind, beziehungsweise die in der Planungserklärung der FiKo stehen, wieder streichen würden. Dies wäre eine Hüst- und Hott-Politik. Wenn wir diesen Betrag stehen lassen, kommen wir jedoch zu einem negativen Finanzierungssaldo im AFP. Dann wäre der AFP gemäss unserer Finanzmotion nicht genehmigungsfähig. Deshalb ist eine Mehrheit der BDP damit einverstanden, die Planungserklärungen der FiKo mit der Begrenzung der Investitionen auf 440 Mio. Franken und mit der Reduktion des Sachaufwands auf 800 Mio. Franken anzunehmen. Der einzige Grund dafür besteht darin, dass der Finanzierungssaldo gemäss AFP in den nächsten Jahren positiv sein wird. Zu Handen der Materialien möchten wir jedoch festhalten, dass diese Zahlen nicht sakrosankt sind. Im Rahmen der zukünftigen Voranschläge muss das neu beurteilt werden. Wir müssen situativ reagieren können. Wenn bei den Investitionen ein Mehrbedarf vorliegt, dann muss man das Ganze neu anschauen und bereit sein, die Investitionen entsprechend anzupassen, auch wenn man dann den Rahmen von 440 Mio. Franken sprengen würde. Dasselbe gilt für den Sachaufwand. Die Zahlen, die wir in den Planungserklärungen der FiKo festlegen, sind für uns nicht in Stein gemeisselt. Die Planungserklärungen der SP und der Grünen lehnen wir dementsprechend ab. Die BDP-Fraktion stimmt dem AFP mit den genannten Planungserklärungen der FiKo einstimmig zu.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Was uns hier vorliegt, ist eigentlich eine Fortführung der gestrigen Diskussion. Wir werden uns als grüne Fraktion inhaltlich bei den Anträgen gleich verhalten wie gestern. Dennoch gibt es einen wichtigen Unterschied: Gestern haben wir mit dem Voranschlag 2016 wirklich Nägel mit Köpfen gemacht. Wir haben das Budget beschlossen. Jetzt geht es hingegen um Absichtserklärungen. Es geht darum, welche Aufträge wir der Regierung für die nächsten vier Jahre erteilen. Ich nehme es vorweg: Die grüne Fraktion unterstützt den AFP und wird ihn auch genehmigen. Uns ist wichtig, dass die Zahlen, wie mein Vorredner gesagt hat, nicht sakrosankt sind. Es sind Absichtserklärungen, welche die Richtung vorgeben sollen. Wir wissen heute nicht, was in den nächsten vier Jahren alles geschehen wird. Deshalb sind wir umso mehr der Meinung, dass es nicht richtig ist, Antrag 14, der die Nettoinvestitionen plafonieren will, anzunehmen. Es besteht einerseits Handlungsbedarf bei den Sanierungen, bei unserer Infrastruktur, aber auch in Bezug auf die Neubauten. Ich möchte zum Beispiel den Ausbau des Hauptbahnhofs Bern, die Neubauten für die Universität Bern und den Campus Technik in Biel erwähnen. Dies sind drei grosse Infrastrukturprojekte, die für den Kanton als Bildungs- und Wirtschaftsstandort von zentraler Bedeutung sind. Die grüne Fraktion will diese Vorhaben nicht gefährden, indem man die Nettoinvestitionen plafoniert. Es ist ein schlechtes Signal, hier so stark zu reduzieren. Mein Vorredner von der BDP hat zwar gesagt, die Zahlen seien nicht sakrosankt, aber ein Zeichen setzt man damit trotzdem. Der Kanton Bern soll in die Zukunft investieren. Deshalb lehnen wir die Planungserklärung 14 der FiKo ab.

Andreas Blank, Aarberg (SVP). Ich denke, in dieser Diskussion wurde das Pulver bereits verschossen. Ich habe gesagt, dass wir bei der AFP-Diskussion nicht ins Zahlenwerk eingreifen können. Wir können mit Planungserklärungen nur ungefähr die Richtung vorgeben und das eine oder andere Zeichen setzen. Deshalb wird die SVP die Planungserklärungen im Sinne der gestrigen Diskussionen und Beschlüsse gleich behandeln und gleich abstimmen. Das Zahlenwerk des AFP bleibt unverändert. Ich habe gestern schon erläutert, dass das Ganze für uns zu wenig weit geht, insbesondere was die Möglichkeiten betrifft, Spielraum für Steuersenkungen für natürliche Personen zu schaffen. Deshalb werden wir den AFP am Schluss ablehnen.

Adrian Haas, Bern (FDP). Auch die FDP wird den AFP am Schluss ablehnen. Wir wollen ein Zeichen setzen, weil der AFP immer noch zu wenig Handlungsspielraum für notwendige Massnahmen auf der Steuerseite enthält. Wir haben dies bereits im Detail ausgeführt. Zu den Planungserklärungen: Wir werden allen Planungserklärungen der FiKo zustimmen, mit Ausnahme der Planungserklärung betreffend die Nettoinvestitionen. Wir haben gesagt, dass wir langfristig betrachtet einen gewissen Handlungsspielraum schaffen wollen, vor allem für Zukunftsprojekte, die den Kanton Bern weiterbringen.

Präsident. Es gibt keine Einzelvoten. Frau Regierungsrätin Simon wünscht das Wort ebenfalls nicht. Dann hat der Sprecher der FiKo nochmals das Wort.

Jürg Iseli, Zwieselberg (SVP), Kommissionspräsident der FiKo. Ich möchte noch etwas zur Planungserklärung betreffend die Plafonierung der Nettoinvestitionen sagen. Im Jahr 2013 sah die Regierung eine Plafonierung auf 500 Mio. Franken vor. Wir wissen, dass inzwischen die Hochschulen nicht mehr dabei sind, und dass die FABI-Abstimmung angenommen wurde. Dies entlastet die Investitionen des Kantons um 60 Mio. Franken. Deshalb brachte die FiKo diese Planungserklärung mit einem Plafond von 440 Mio. Franken ein. Wir haben uns dies sehr gut überlegt. Luc Mentha hat es richtig gesagt: In den Unterhalt der Strassen fließen rund 60 Mio. Franken. Wir haben uns erkundigt, warum man nicht noch Investitionen in den Werterhalt tätigen könnte, wenn Ende Jahr noch Investitionsvolumen übrig sei. Kolleginnen und Kollegen, die Auftragsbücher der Unternehmen sind im Oktober und November voll. Zu diesem Zeitpunkt kann der Kanton keine Investitionen in den Werterhalt und Substanzerhalt der Strassen-Infrastruktur mehr tätigen. Deshalb reichen die 60 Mio. Franken aus. Falls es einmal in den Jahren 2018–2020 wirklich einen grösseren Bedarf gäbe, könnte man ganz sicher das Investitionsvolumen mit entsprechenden Argumenten erhöhen. Aber die FiKo ist der Meinung, dass die Plafonierung auf 440 Mio. Franken ohne Spezialfinanzierungen ausreicht. Ich bitte Sie, dieser Planungserklärung zuzustimmen.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung über die Planungserklärung 14 der FiKo zum AFP. Wer diese Planungserklärung annehmen will, stimmt ja, wer sie ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (Planungserklärung 14 FiKo)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja 73

Nein 58

Enthalten 4

Präsident. Sie haben Planungserklärung 14 angenommen.

Planungserklärung 15 FiKo (Iseli, Zwieselberg)

Die Position Kosten Staatsbeiträge bei der Produktgruppe «Vollzug der Sozialversicherungen» ist um 42 Mio. CHF zu erhöhen

Planungserklärung 16 SP (Marti, Bern)

Die Position «Kosten Staatsbeiträge» bei der Produktgruppe «Vollzug der Sozialversicherungen» ist um 77 Mio. CHF zu erhöhen.

Planungserklärung 17 Grüne (Imboden, Bern)

Die Position «Kosten Staatsbeiträge» bei der Produktgruppe «Vollzug der Sozialversicherungen» ist um 77 Mio. CHF zu erhöhen. Die Prämienverbilligungen sollen bezüglich der Anzahl der Leistungsberechtigten und der Höhe der Prämienverbilligungen mindestens wieder dem Stand, wie er vor dem ASP-Sparbeschluss von 2013 war, entsprechen.

Präsident. Wir werden die nächsten drei Planungserklärungen zusammen beraten. Es geht wieder um das Thema der Prämienverbilligungen. Man kann sich gleich zu allen drei Planungserklärungen äussern, falls dies noch gewünscht wird. Verschiedene Fraktionen haben ja schon gesagt, wie sie sich verhalten wollen. Zuerst haben die Antragsstellenden das Wort.

Ursula Marti, Bern (SP). Ich fasse mich kurz. Wir haben diese Debatte gestern im Zusammenhang mit dem Voranschlag bereits geführt, und wir haben immer noch dieselben Argumente für die beantragten Erhöhungen. Wir wollen die 42 Mio. Franken gemäss Antrag FiKo, die ja nur rückgängig machen, was zu viel gespart wurde. Zusätzlich wollen wir 35 Mio. Franken. Dieser Betrag entspricht unserer politischen Forderung, die massiven Einsparungen bei den Prämienverbilligungen rückgängig zu machen. Die SP und die Grünen haben zwei sehr ähnliche Planungserklärungen einge-

bracht. Deshalb zieht die SP ihre Planungserklärung zugunsten derjenigen der Grünen zurück.

Präsident. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass die Planungserklärung der SP zurückgezogen wurde. Nun werden die Grünen ihre Planungserklärung begründen, die noch einen zusätzlichen Teil beinhaltet.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Auch ich will mich kurz fassen. Trotzdem ist es mir ein Anliegen, nochmals auf etwas aufmerksam zu machen. Der Antrag Grüne, der jetzt ein Antrag Grüne und SP ist, verlangt, dass wir in den nächsten vier Jahren das umsetzen, was auch Inhalt einer Volksinitiative ist. Diese will den Zustand vor der ASP, also vor den Sparmassnahmen, wiederherstellen. Wir werden natürlich auch den Antrag der FiKo unterstützen. Zur Erinnerung: Der Antrag der FiKo wurde gestellt, um etwas zu korrigieren, das überbordet hat. Wer in diesem Kanton aber für Familien und für den Mittelstand einsteht, unterstützt den Antrag Grüne und SP. Ich bitte all jene im Grossen Rat, die ein Herz für den Mittelstand und für Familien haben, den Antrag der Grünen und der SP zu unterstützen.

Präsident. Möchte sich eine Fraktion zu den zwei verbleibenden Planungserklärungen 15 und 17 äussern? – Das ist nicht der Fall. Die Finanzdirektorin will sich auch nicht äussern. Ich werde nun die beiden Planungserklärungen einander gegenüberstellen. Dann stimmen wir darüber ab, ob wir die obsiegende Erklärung überwiesen wollen. Ist dieses Vorgehen bestritten? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir ab. Wer die Planungserklärung 15 der FiKo unterstützen will, die 42 Mio. Franken vorsieht, stimmt ja. Wer die Planungserklärung 17 der Grünen unterstützen will, die 77 Mio. Franken vorsieht, stimmt nein.

Abstimmung (Planungserklärung 15 FiKo gegen Planungserklärung 17 Grüne/SP)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme Planungserklärung 15 FiKo

Ja 90

Nein 45

Enthalten 1

Präsident. Sie haben der Planungserklärung 15 der FiKo den Vorzug gegeben. Nun befinden wir über die obsiegende Planungserklärung 15. Wer diese überweisen will, stimmt ja, wer sie ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (Planungserklärung 15 FiKo)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja 125

Nein 12

Enthalten 1

Präsident. Sie haben Planungserklärung 15 der FiKo angenommen.

Planungserklärung 18 FiKo (Iseli, Zwieselberg)

Eliminierung der Hälfte der Gewinne der Nationalbank aus dem Zahlenwerk.

Präsident. Wir kommen zur Planungserklärung 18 der FiKo. Auch hier liegt ein Übersetzungsfehler vor. In der französischen Version müsste es richtig heissen: «Supprimer la moitié des bénéfices de la banque nationale des chiffres du PIMF.» Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir direkt ab. Wer diese Planungserklärung annehmen will, stimmt ja, wer sie ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (Planungserklärung 18 FiKo)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja 136

Nein 4

Enthalten 0

Präsident. Sie haben Planungserklärung 18 der FiKo angenommen.

Planungserklärung 20 FiKo (Iseli, Zwieselberg)

Plafonierung des Sachaufwands auf 800 Mio. CHF (Plafonierung Sachaufwand)

Präsident. Damit kommen wir zur Planungserklärung 20 der FiKo: «Plafonierung des Sachaufwands auf 800 Mio. Franken.» Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann befinden wir direkt darüber. Wer die Planungserklärung 20 annehmen will, stimmt ja, wer sie ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (Planungserklärung 20 FiKo)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja 91

Nein 47

Enthalten 2

Präsident. Sie haben auch diese Planungserklärung angenommen.

Antrag 21 FiKo (Iseli, Zwieselberg)

Genehmigung des AFP

Antrag 22 FiKo-Minderheit (Blank, SVP)

Ablehnung der Genehmigung des AFP

Präsident. Nun kommen wir zur Genehmigung des AFP mit den überwiesenen Planungserklärungen. Wir haben einerseits den Antrag 21 der FiKo. Ist es richtig, dass die FiKo-Mehrheit die Ablehnung empfiehlt, und die FiKo-Minderheit die Annahme? – Das stimmt nicht, oder?

Jürg Iseli, Zwieselberg (SVP), Kommissionspräsident der FiKo. *(Aus dem Saal)* Es ist umgekehrt.

Präsident. Entschuldigung, ich habe die falsche Version vor mir. Die FiKo beantragt die Genehmigung des AFP. Die FiKo-Minderheit beantragt die Ablehnung. Der FiKo-Präsident wünscht zur Frage der Genehmigung das Wort.

Jürg Iseli, Zwieselberg (SVP), Kommissionspräsident der FiKo. An der Verunsicherung des Präsidenten konnten Sie feststellen, dass es bis gestern umgekehrt war: Die Mehrheit der FiKo lehnte den AFP ab, und die Minderheit wollte ihn annehmen. Gestern Vormittag an der Sitzung haben sich die Mehrheiten gedreht. Der Entscheid war absolut knapp. Die FiKo schreibt im Bericht, dass die Budgetierung der Nationalbankgelder der Grund war für den Meinungsumschwung. Die einen Mitglieder wollten einen grösseren finanziellen Spielraum, während er für die anderen schon gross genug war. Wieder andere wollten ihn in einem anderen Bereich haben. Doch die FiKo-Mehrheit kam letztlich zum Schluss, den AFP dennoch zu genehmigen. Die Planungserklärungen wurden angenommen und überwiesen, und es ist anzunehmen, dass sie umgesetzt werden. Zudem besteht die Aussicht darauf, dass die FiKo bei der strategischen Planung ihre Anliegen einbringen kann. Wir wissen, dass der Prozess weitergeht, wir wissen aber auch, dass der AFP, wenn er abgelehnt würde, einfach in der Verwaltung eine Zusatzrunde drehen würde. Die Verwaltung könnte nur das Abbild unserer Debatte einbringen, und nicht mehr. Die Regierung hat den geforderten positiven Finanz-

plan umgesetzt. Wir werden in den Planjahren mit einem positiven Finanzierungssaldo unterwegs sein. Wir wollen nun weiteren Spielraum schaffen, dazu haben wir auch eine Planungserklärung überwiesen. Das Parlament hat seinen Willen zum Ausdruck gebracht. Wir hoffen, dass die Regierung mitzieht und es in den nächsten AFP mehr Spielraum haben wird, sodass irgendwann Steuersenkungen bei natürlichen Personen realisiert werden können. Ich bitte Sie im Namen der FiKo-Mehrheit, diesem AFP zuzustimmen.

Präsident. Für die Kommissionsminderheit spricht Andreas Blank.

Andreas Blank, Aarberg (SVP), Sprecher der FiKo-Minderheit. Die FiKo-Minderheit lehnt den AFP ab. Ich habe dies bereits gestern begründet. Wir haben zwar mittels Planungserklärungen noch einige richtige Zeichen gesetzt, aber weil es ein Bericht ist, können wir das Zahlenwerk nicht verändern. Wir haben als Grosser Rat mit dem neuen Parlamentsrecht neue Möglichkeiten erhalten, den AFP stärker zu beeinflussen. Es heisst immer wieder, es sei schwierig, in den Voranschlag einzugreifen, vor allem, wenn es um grössere Beträge gehe. Dieser Einwand ist sicher berechtigt, weil es oft um kurzfristige Dinge geht, oder weil bereits Verträge bestehen, und so weiter. Wir können somit keine grösseren Korrekturen am Voranschlag vornehmen. Wir können den AFP jedoch auch einmal ablehnen. Wir können ihn insbesondere dann ablehnen, wenn er unserer Meinung nach in eine falsche Richtung geht. Es wurde mehrfach gesagt, dass wir einen grösseren Spielraum für Steuersenkungen bei den natürlichen Personen erwarten. Generell erwarten wir mehr Spielraum und mehr Sparwillen. Das Ausgabenwachstum muss geringer werden, denn es kann sein, dass einmal weniger ertragreiche Zeiten kommen werden. Darauf müssen wir vorbereitet sein. Aus diesen Gründen lehnt die FiKo-Minderheit den AFP ab. Wir waren vor nicht allzu langer Zeit die Einzigen, die diesen abgelehnt oder kritisch hinterfragt haben. Inzwischen sind einige Leute dazugekommen. Wenn es in den nächsten Jahren nicht weiter in die richtige Richtung geht, wird vielleicht einmal eine Mehrheit den AFP ablehnen.

Präsident. Wir kommen zu den Fraktionssprechenden.

Béatrice Stucki, Bern (SP). Die SP-JUSO-PSA-Fraktion wird dem AFP zustimmen. Wir haben dies immer schon getan. Bei der vorherigen Version haben wir zur Minderheit gehört, und nun gehören wir zur Mehrheit. Dies ist ein erfreulicher Wandel. Schauen wir uns an, wann der Budgetprozess anfängt. Die FiKo hat sich das Vorgehen in diesem Jahr einmal mehr aufzeigen lassen. Sie können dies auch dem Bericht der FiKo entnehmen. Während wir hier im Rathaus über den AFP diskutieren, und während wir gestern über das Budget gesprochen haben, arbeitet die Verwaltung bereits an der Budgetplanung 2017. Sie tut dies anhand der sogenannten Voraktualisierung der Ergebnisse des laufenden Jahres. Im Februar / März 2016 startet der Budgetplanungsprozess, der nach etlichen Anpassungen im Juni zu Ende geht. Somit hat die Verwaltung wenig Zeit, das Budget allfälligen Veränderungen des Marktes anzupassen. Der Prozess ist beim Kanton weniger flexibel als in einem KMU, in einer Kanzlei oder in einer Praxis. Bei Grosskonzernen sieht es wieder anders aus. Also ist der Voranschlag immer eine Bestandesaufnahme aus dem Frühling oder dem Frühsommer. Grössere, unbeeinflussbare Ereignisse können nachher nicht mehr abgebildet werden. Die bürgerliche Detailreiterei beim Budget und beim AFP ist für uns eine reine Schikane gegen die rot-grüne Regierung. Der AFP ist in noch stärkerem Ausmass eine Annahme aufgrund einer unsicheren Ausgangslage. Seine Erarbeitung ist keine exakte Wissenschaft. Deshalb haben wir auch immer dagegen gekämpft, dass man den AFP genehmigen anstatt nur zur Kenntnis nehmen muss. Für uns ist es unsinnig, ihn zurückzuweisen. Noch kennen wir die Folgen des Frankenkurses auf die Wirtschaft und damit auf die Steuereinnahmen nicht. Das Zahlenwerk des AFP kann sich unter Umständen drastisch verändern. Zum Glück können wir mit dem SNB-Fonds in den nächsten Jahren Schwankungen ausgleichen. Wie ich gesagt habe, ist die Budgetplanung keine exakte Wissenschaft. Jemand hat einmal gesagt, sie sei vielmehr eine Anhäufung falscher Zahlen. In diesem Sinne bitten wir Sie, dem AFP zuzustimmen.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Nach getaner Debatte erlaube ich mir, Bilanz zu ziehen, was unsere Beschlüsse betrifft. Ich bin erstaunt über die Kapriolen, die die SVP hier vom Stapel lässt. Wir haben im Rahmen des AFP massive Veränderungen gegenüber der Regierungsvorlage beschlossen. Wir haben einem Antrag zugestimmt, der lautet: «Schaffung von finanziellem Handlungsspielraum.» Ich erinnere die SVP daran, dass eine Mehrheit diesem Antrag zugestimmt hat. Das heisst,

der Auftrag an die Regierung lautet, Steuersenkungen für natürliche und juristische Personen zu ermöglichen, damit wir im interkantonalen Steuerranking besser abschneiden. Wir haben gestern die Zahlen gehört: Die Steuersenkung bei den natürlichen Personen würde vielleicht 600 Mio. Franken kosten. Was die Senkung bei den juristischen Personen bedeuten könnte, haben wir im Rahmen der Steuerstrategie gesehen. Wir haben diese Ausfälle nicht gegenfinanziert. Ich erinnere daran, dass die Finanzdirektorin gesagt hat, eine solche Senkung sei unrealistisch und benötige ein neues Entlastungspaket.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der sogenannten FiKo-Minderheit: Sie haben erreicht, eine Absichtserklärung für eine massive Steuersenkung durchzubringen. Gleichzeitig haben Sie beschlossen, die Nettoinvestitionen um 30 Mio. Franken zu senken. Weiter haben Sie beschlossen, den Sachaufwand um 53 Mio. Franken zu reduzieren. Wer sagt, man habe dadurch keinen Spielraum, hat wohl das Einmaleins nicht richtig gelernt. Wir kommen zum Schluss, dass der vorliegende AFP massive Abänderungen gegenüber dem Vorschlag der Regierung aufweist. Wir sind inhaltlich nicht damit einverstanden. Es entspricht nicht unserer politischen Stossrichtung, was hier beschlossen wurde. Trotzdem unterstützen wir den AFP in dem Sinne, dass wir nicht der Meinung sind, man solle die Regierung nochmals Hausaufgaben machen lassen. Wir ziehen es vor, dass die Regierung jetzt weiterarbeiten kann, und nicht ein Zahlenwerk abändern muss, welches ohnehin nicht verbindlich ist. Das hätte unserer Meinung nach keinen Sinn. Wir unterstützen den Antrag der FiKo-Mehrheit, die eine Annahme empfiehlt, auch wenn wir nicht begeistert sind. Die reale Diskussion werden wir im Rahmen des nächsten Voranschlags, und in der Zwischenzeit auch im Zusammenhang mit der Steuerstrategie, diskutieren. Von daher gesehen ist eine Rückweisung einfach Arbeitsbeschaffung für die Verwaltung. Diejenigen, die immer der Meinung sind, dass die Verwaltung die Bürokratie nicht noch aufblähen soll, müssten hier eigentlich zustimmen und den AFP so genehmigen.

Hans Kipfer, Thun (EVP). Die EVP steht für die Genehmigung des AFP ein. Ich sage bewusst: Genehmigung. Wir haben hier einen Fahrplan für die nächsten vier Jahre, der sich sicher noch verändern kann. Aber alles andere als eine Genehmigung wäre ein Affront, auch in gewissem Sinne gegen die Verwaltung. Es wäre eine Rückweisung, die wir nicht sinnvoll finden. Wir schätzen den AFP als realistischen Fahrplan für die nächsten Jahre ein, für die Zeit, die vor uns liegt. Ein Fahrplan, der einen Handlungsspielraum gibt, welcher allerdings nicht gross ist. Dies gilt für beide Seiten, also sowohl für steuerpolitische Massnahmen wie auch für Massnahmen zur Stärkung der Bildung, des sozialen Bereichs und des Service Public. Es ist ein realistischer Fahrplan für die nächsten Jahre. Die EVP ist für einen sorgfältigen und realistischen Umgang mit den kantonalen Ressourcen. Der Kanton soll solidarisch und lebensfähig sein. Deshalb genehmigen wir den Fahrplan so, wie er jetzt vorliegt.

Beatrice Simon, Finanzdirektorin. Was hätte es zur Folge, wenn Sie den Aufgaben-/Finanzplan zurückweisen würden? Die Verwaltung müsste ihn bis im März 2016 überarbeiten. Der Regierungsrat müsste im Dezember damit anfangen, Diskussionen zu führen und Beschlüsse zu fassen, um den geforderten Handlungsspielraum zu schaffen. Die FiKo müsste wahrscheinlich im Januar darüber beraten, ob das, was man an Entlastungsmassnahmen vorgeschlagen hat, politisch gewünscht ist oder nicht. Danach würde die politische Diskussion im Grossen Rat erfolgen, sodass man den Aufgaben-/Finanzplan im März genehmigen könnte. Es wird nicht ohne Entlastungsmassnahmen gehen, wenn man einen Handlungsspielraum für weitere Massnahmen im Steuerbereich schaffen will. Liebe Grossrätinnen und Grossräte, wir wissen aus der ASP-Diskussion, dass es ein recht langer und intensiver Prozess wird, wenn wir über Entlastungsmassnahmen diskutieren. Ich kann es nicht anders sagen: Wer wirklich glaubt, dass wir dies bis zur Märzsession schaffen, glaubt an den «Samichlous». Ich gehe davon aus, dass wir alle erwachsen genug sind, um zu wissen, dass es den «Samichlous» nicht gibt. Wer also eine seriöse Finanzpolitik betreiben will, soll bitte den Aufgaben-/Finanzplan in der vorliegenden Form und mit all den Anträgen, die Sie gestellt haben, genehmigen. In der nächsten Budgetdebatte werden wir dann diese Diskussion über allfällige Entlastungsmassnahmen führen, um den gewünschten Handlungsspielraum zu schaffen. Ich bitte Sie, der FiKo-Mehrheit zu folgen und den Aufgaben-/Finanzplan zu genehmigen.

Präsident. Grossrat Blank als Vertreter der FiKo-Minderheit möchte eine Replik abgeben.

Andreas Blank, Aarberg (SVP), Sprecher der FiKo-Minderheit. Ich möchte etwas klarstellen: Wir

haben eine Parlamentsrechtsreform durchgeführt und dabei ein paar neue Instrumente geschaffen. Eines davon ist das Recht des Grossen Rats, den AFP abzulehnen. Wenn ich mir die verschiedenen Voten in Erinnerung rufe, muss ich annehmen, dass diese Leute bei jener Debatte nicht dabei waren. Wer jetzt sagt, man könne und dürfe den AFP nicht zurückweisen und die Verwaltung nicht unnötig bemühen, hätte damals nicht zustimmen sollen. Eine Mehrheit hat jedoch beschlossen, dass man den AFP künftig auch zurückweisen kann. Es nützt auch nichts, die Argumente der Finanzdirektorin zu hören, die sagt, wieviel eine Überarbeitung des AFP zu tun gebe und dass dies in der vorhandenen Zeit nur schwer möglich sei. Entweder haben wir dieses Instrument, und dann machen wir eines Tages davon Gebrauch, oder dieser Gesetzesartikel ist zu nichts nütze. Wir beantragen die Ablehnung. Irgendwann einmal wird es so weit kommen, dass man so einen AFP ablehnt, auch wenn es schwierig ist, innert kurzer Zeit neue Zahlen aufzubereiten. Doch dies ist eine Möglichkeit, die das Parlament nun einmal hat.

(Es entsteht eine kurze Unruhe, weil sich auch andere FiKo-Mitglieder nochmals zu Wort melden wollen.)

Präsident. Nur der Sprecher der FiKo-Minderheit oder der FiKo-Mehrheit als Antragssteller dürfen sich nach der Regierungsrätin nochmals zu Wort melden. So sind die Regeln. Danke für Ihr Verständnis. Nun befinden wir über den Aufgaben- und Finanzplan. Der Antrag der FiKo-Mehrheit lautet auf Genehmigung des AFP. Der Antrag der FiKo-Minderheit lautet auf Ablehnung der Genehmigung. Wir stimmen ab. Wer den AFP genehmigen will, stimmt ja, wer ihn ablehnt, stimmt nein.

Schlussabstimmung (Aufgaben-/Finanzplan 2017–2019: Antrag 21 FiKo (Genehmigung) gegen Antrag 22 FiKo-Minderheit (Ablehnung)

Der Grosse Rat beschliesst:

Genehmigung Aufgaben-/Finanzplan 2017–2019 (Antrag 21 FiKo)

Ja 80

Nein 63

Enthalten 4

Präsident. Sie haben den AFP genehmigt. Damit haben wir alle Geschäfte der Finanzdirektion bereinigt.